

Auch der "kleine" Spanier macht lange Finger!

Autor(en): **Deml, Hermann**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **118 (1992)**

Heft 34

PDF erstellt am: **05.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-614494>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Hermann Deml, Madrid

Auch der «kleine» Spanier macht lange Finger!

Nicht nur die vom Steuerdruck unbeeindruckten oberen Zehntausend sind in Spanien in Skandale verwickelt, auch der steuergeplagte Normalbürger hält es für völlig normal, in der Steuererklärung zu verschweigen, was verschweigbar ist. Dies zeigte die jüngste Meinungsumfrage des staatlichen demoskopischen Instituts.

Der Spanier entweicht dem extrem hohen Steuerdruck durch den Versuch, Einkünfte aus der Steuererklärung auszuklammern und dadurch die fiskalische Belastung in der Gewissheit zu vermindern, dass der Staat Sparsamkeit und Fleiss bestraft. Der Widerstand gegen den Fiskus ist passiv. Man versucht, ihn zu betrügen. Die Steuerlast, von den Sozialisten und ihren Vorgängern der Bevölkerung aufgebürdet, erscheint vielen zu hoch, da die staatlichen Dienstleistungen wie bei Post, Telefon, öffentlichen Verkehrsmitteln äusserst mangelhaft funktionieren – wenn überhaupt.

Wortbrüchiger Minister

Der kleine Spanier, der Zeter und Mordio schreit, sobald die oberen Zehntausend und die allseits unbeliebten Berufspolitiker in Korruptionsskandale verwickelt sind, findet nichts dabei, sein eigenes Einkommen etwas ausserhalb der Legalität aufzubessern. Juan C., ein Beamter beim staatlichen Rechnungshof, bezieht ein Monatsgehalt von 260 000 Peseten (Fr. 3900) und erzielt durch «Schwarzarbeit» als Buchhalter ein gleichwertiges steuerfreies Nebeneinkommen. Auch Handwerker und ihre Kunden vermeiden in gegenseitigem Einvernehmen die Mehrwertsteuer. Ein Eigenheimbesitzer hatte umfangreiche Arbeiten in seiner Küche durchführen lassen, die mit 2,5 Mio. Peseten (gut 36 000 Fr.) eine schöne Stange Geld kosteten. Beim früheren Mehrwertsteuersatz von 12 Prozent (am 1.1.93 werden es 15 Prozent) wären 300 000 Peseten mehr zu bezahlen, also vereinbarten Kunde und Handwerker eine formlose Rechnung, bei der die Mehrwertsteuer unerwähnt bleibt.

Der Steuerbetrug ist von alters her ein spanischer Nationalsport. Im Zweifelsfall stehen die Spanier mit dem Fiskus stets auf dem Kriegsfuss, wagen aber keinen aktiven

Widerstand. Superwirtschaftsminister Carlos Solchaga, der zur Spar- und Konsumförderung vor fünf Monaten die Lohnsteuer kürzte und versprach, Spaniens Steuerlast in den nächsten fünf Jahren nicht zu erhöhen, wurde wortbrüchig und kündigte saftige Lohnsteuererhöhungen an. Die hohe fiskalische Belastung verführt noch mehr zur Steuerverkürzung. Da verrichten Arbeitslose etwa Handwerksarbeiten und kassieren nebenher noch die Arbeitslosenunterstützung. Eine biedere Hausfrau, die sich die Waschmaschine reparieren liess, war nicht sonderlich erstaunt, als der Handwerker erklärte, er unterbreche seine Arbeit kurz, um die Arbeitslosenunterstützung zu kassieren.

Schwarz mit Stil

Auch Ärzte huldigen der «Schwarzarbeit». Ein Mediziner, der in einem Sozialversicherungs Krankenhaus wie dem an Europas Spitze stehenden Madrider Hospital «Puerta de Hierro» morgens werkt und dafür monatlich 270 000 Peseten (4050 Fr.) erhält, übt nachmittags in einer Privatklinik seinen Beruf «schwarz» aus, denn mit dem Lebensstil der Privatärzte kann er nicht mithalten. Die Spanier lieben es, über ihre Verhältnisse zu leben. So hat sich der Arzt eine Villa im sozialen Wohnungsbau besorgt und in der notariellen Urkunde nur 10 Mio. Peseten als Kaufpreis eintragen lassen, um Steuern zu sparen. Der wahre Preis betrug 26 Mio. Peseten – die Steuern, die dafür fällig gewesen wären, hätten astronomische Höhen erreicht, die der Arzt trotz steuerfreier «Schwarzarbeit» nur schwer hätte zahlen können.

Es ist nicht verwunderlich, dass auch Partei- und Staatschergen lange Finger machen, sobald sie dazu Gelegenheit haben. So gewähren die Dorfbürgermeister in Andalusien und dem westspanischen Notstands-

gebiet Extremadura den stets arbeitslosen Saisonarbeitern im Austausch für Stimmen an der Wahlurne Arbeitsbescheinigungen, die fiktiv sind, aber dem Inhaber den Lebensunterhalt durch die «landwirtschaftliche Arbeitslosenunterstützung» (PER) sichern, denn sonst müsste er auf einem mit ungelerntem Personal übersättigten Arbeitsmarkt verhungern, weil der keine weiteren unqualifizierten Kräfte mit starken Muskeln mehr aufsaugen kann.

«Per Daumen» ernannt

In Madrid beförderte ein Stadtrat seinen Schwiegersohn, einen Amtspfortner, zum Kulturbeauftragten eines Stadtviertels. Daran war nichts zu beanstanden, denn ein Schwiegersohn gilt als «nicht blutsverwandt» und deshalb ungeeignet für einen guten Posten. Gut 50 Prozent der etwa 34 000 neuen Beamten des Jahrgangs 1990/91 wurden nicht nach geltenden Regeln, sondern «per Daumen» ernannt. Keine einzige Partei ist schuldlos an diesen Dingen. In Benidorm genehmigten die Stadträte aus politischen Gründen einer ehemaligen sozialistischen Kollegin, die zu den Parteilosen überwechselte, ein Monatsgehalt von 455 000 Peseten (6790 Fr.), ihr Mann durfte als «Unterstützungsbeamter» monatlich 200 000 Peseten (2970 Fr.) einnehmen. Auch die Madrider Bürgervereine sind nicht zimperlich, wenn es um die Verschwendung von Steuergeldern geht, mit denen sie subventioniert werden. So habe, wie die konservative Madrider Zeitung ABC berichtet, die Föderation von Bürgervereinen die staatlichen Zuwendungen regelrecht «verfressen», wie der Untersuchungsbericht der Madrider Stadtverwaltung lapidar schildert. Ein Teil der Gelder sei auch in fremde Taschen geflossen. Hinterher kam die grosse Beschwerde. Die Teilnehmer an den Schlemmereien mussten diese aus eigener Tasche bezahlen, die Veranstalter hatten sich den Gegenwert einfach angeeignet, als sei es die natürlichste Sache der Welt.

Die Beispiele der «Korruption des kleinen Mannes» sind beliebig fortzusetzen. Es gibt immer eine neue Variante, um «linksherum» an Geld zu gelangen.